

### Beschluss

Auf seiner 6056. Sitzung am 22. Dezember 2008 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter der Demokratischen Republik Kongo gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo

Schreiben des Vorsitzenden des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1533 (2004) betreffend die Demokratische Republik Kongo an den Präsidenten des Sicherheitsrats, datiert vom 10. Dezember 2008 (S/2008/773)“.

### **Resolution 1857 (2008) vom 22. Dezember 2008**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 1804 (2008) vom 13. März 2008 und 1807 (2008) vom 31. März 2008, sowie die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Demokratische Republik Kongo,

*in Bekräftigung seines Bekenntnisses* zur Souveränität, territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit der Demokratischen Republik Kongo sowie aller Staaten der Region,

*mit dem erneuten Ausdruck seiner ernststen Besorgnis* über die Anwesenheit bewaffneter Gruppen und Milizen im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo, insbesondere in den Provinzen Nord- und Südkivu und im Distrikt Ituri, wodurch in der gesamten Region weiter ein Klima der Unsicherheit herrscht, und verlangend, dass alle am Goma-Prozess und am Nairobi-Prozess beteiligten Parteien die Waffenruhe achten und ihre Verpflichtungen wirksam und nach Treu und Glauben einhalten,

*betonend*, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo die Hauptverantwortung dafür trägt, unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts die Sicherheit in ihrem Hoheitsgebiet zu gewährleisten und die Zivilbevölkerung zu schützen,

*Kenntnis nehmend* von dem Zwischen- und dem Schlussbericht der gemäß Resolution 1771 (2007) vom 10. August 2007 eingesetzten Sachverständigengruppe für die Demokratische Republik Kongo („die Sachverständigengruppe“), deren Mandat gemäß Resolution 1807 (2008) verlängert wurde<sup>210</sup>, und von den darin enthaltenen Empfehlungen,

den anhaltenden illegalen Zustrom von Waffen in die Demokratische Republik Kongo und innerhalb des Landes *verurteilend* und seine Entschlossenheit bekundend, die Einhaltung des Waffenembargos und der anderen mit seinen Resolutionen betreffend die Demokratische Republik Kongo festgelegten Maßnahmen weiter genau zu überwachen,

*betonend*, dass alle Staaten gehalten sind, den Auflagen in Ziffer 5 der Resolution 1807 (2008) betreffend Vorankündigungen nachzukommen,

*erneut erklärend*, wie wichtig es ist, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo und die anderen Regierungen in der Region wirksame Schritte unternehmen, um sicherzustellen, dass es für die bewaffneten Gruppen im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo keinerlei Unterstützung in oder aus ihrem Hoheitsgebiet gibt,

*in Unterstützung* des Beschlusses der Demokratischen Republik Kongo, auf eine Erhöhung der Transparenz der Einnahmen aus ihrer Rohstoffwirtschaft hinzuarbeiten,

*in Anerkennung* dessen, dass die Verknüpfung zwischen der illegalen Ausbeutung natürlicher Ressourcen, dem unerlaubten Handel damit sowie der Verbreitung von und dem



6. *beschließt* ferner, das in Ziffer 8 der Resolution 1533 (2004) vom 12. März 2004 festgelegte, in Ziffer 18 der Resolution 1596 (2005), Ziffer 4 der Resolution 1649 (2005) und Ziffer 14 der Resolution 1698 (2006) erweiterte und in Ziffer 15 der Resolution 1807 (2008) bekräftigte Mandat des Ausschusses um die folgenden Aufgaben zu erweitern:

a) die Liste der von dem Ausschuss nach den Ziffern 4 und 5 benannten Personen und Einrichtungen regelmäßig zu überprüfen, mit dem Ziel, eine möglichst aktuelle und genaue Liste zu führen und zu bestätigen, dass die Führung auf der Liste nach wie vor angezeigt ist, und die Mitgliedstaaten zur Vorlage zusätzlicher Informationen zu ermutigen, wenn solche verfügbar werden;

b) Leitlinien zu erlassen, um die Durchführung der mit dieser Resolution verhängten Maßnahmen zu erleichtern, und diese nach Bedarf fortlaufend aktiv zu überprüfen;

7. *fordert* alle Staaten, insbesondere die Staaten der Region, *auf*, die Durchführung der in dieser Resolution genannten Maßnahmen zu unterstützen, mit dem Ausschuss bei der Wahrnehmung seines Mandats uneingeschränkt zusammenzuarbeiten und dem Ausschuss innerhalb von fünfundvierzig Tagen nach der Verabschiedung dieser Resolution über die Schritte Bericht zu erstatten, die sie zur Durchführung der mit den Ziffern 1 bis 5 verhängten Maßnahmen unternommen haben, und legt allen Staaten nahe, auf Ersuchen des Ausschusses Vertreter zu dem Ausschuss zu entsenden, um einschlägige Fragen eingehender zu erörtern;

8. *ersucht* den Generalsekretär, das Mandat der gemäß Resolution 1771 (2007) eingesetzten Sachverständigengruppe um einen am 30. November 2009 endenden Zeitraum zu verlängern, und ersucht die Sachverständigengruppe, ihr in Ziffer 18 der Resolution 1807 (2008) festgelegtes Mandat zu erfüllen und dem Rat über den Ausschuss bis 15. Mai 2009 sowie erneut vor dem 15. Oktober 2009 schriftlich Bericht zu erstatten;

9. *beschließt*, dass das in Ziffer 8 genannte Mandat der Sachverständigengruppe auch die nachstehend beschriebenen Aufgaben umfasst:

a) in ihre Berichte an den Ausschuss alle Informationen aufzunehmen, die für diesen bei der Benennung der in den Ziffern 4 und 5 beschriebenen Personen und Einrichtungen sachdienlich sein könnten;

b) den Ausschuss bei der Aktualisierung der öffentlich verfügbaren Gründe für die Aufnahme der in Ziffer 5 genannten Personen und Einrichtungen in die Liste und der Angaben zu ihrer Identifizierung sowie bei der Erstellung der in Ziffer 18 genannten Zusammenfassung zu unterstützen;

10. *ersucht* die Sachverständigengruppe, ihre Tätigkeit auch weiterhin auf Nord- und Südkivu und Ituri zu konzentrieren;

11. *ersucht* die Regierung der Demokratischen Republik Kongo, gegebenenfalls die anderen Regierungen in der Region, die Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo und die Sachverständigengruppe, intensiv zusammenzuarbeiten, namentlich durch den Austausch von Informationen betreffend Waffenlieferungen, den illegalen Handel mit natürlichen Ressourcen und die Aktivitäten der von dem Ausschuss gemäß den Ziffern 4 und 5 benannten Personen und Einrichtungen;

12. *ersucht insbesondere* die Mission, mit der Sachverständigengruppe Informationen auszutauschen, vor allem über die Unterstützung, die bewaffnete Gruppen erhalten, über die Einziehung und den Einsatz von Kindern und über das gezielte Vorgehen gegen Frauen und Kinder in Situationen bewaffneter Konflikte;

13. *verlangt*, dass alle Parteien und alle Staaten sicherstellen, dass ihrer Hoheitsgewalt oder Kontrolle unterstehende Personen und Einrichtungen mit der Sachverständigengruppe zusammenarbeiten;

14. *wiederholt seine Forderung* in Ziffer 21 der Resolution 1807 (2008), dass alle Parteien und alle Staaten, insbesondere die Staaten der Region, die Sachverständigengruppe in ihrer Arbeit uneingeschränkt unterstützen und dass sie

a) die Sicherheit ihrer Mitglieder gewährleisten;

b) ungehinderten und sofortigen Zugang gewährleisten, insbesondere zu den Personen, Dokumenten und Orten, bei denen die Sachverständigengruppe dies zur Erfüllung ihres Mandats für sachdienlich erachtet;

15. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, die von ihnen als angemessen erachteten Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Importeure, Verarbeitungsbetriebe und Verbraucher kongolesischer mineralischer Produkte die nötige Sorgfalt hinsichtlich ihrer Lieferanten und der Herkunft der von ihnen gekauften Mineralien walten lassen;

16. *legt* den Mitgliedstaaten *außerdem nahe*, dem Ausschuss zur Aufnahme in die Liste die Namen der Personen oder Einrichtungen zu übermitteln, die die in Ziffer 4 festgelegten Kriterien erfüllen, sowie von Einrichtungen, die im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle der benannten Personen oder Einrichtungen stehen, oder von Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung der benannten Einrichtungen handeln;

17. *beschließt*, dass die Mitgliedstaaten, wenn sie dem Ausschuss die Aufnahme von Namen in die Liste vorschlagen, eine detaillierte Darstellung des Falls samt ausreichenden Angaben, um die eindeutige Identifizierung der Personen und Einrichtungen durch die Mitgliedstaaten zu ermöglichen, vorlegen müssen, und beschließt ferner, dass die Mitgliedstaaten für jeden derartigen Vorschlag anzugeben haben, welche Teile der Falldarstellung veröffentlicht werden können, auch zur Verwendung durch den Ausschuss bei der Erstellung der in Ziffer 18 beschriebenen Zusammenfassung oder für die Zwecke der Benachrichtigung oder Information der in die Liste aufgenommenen Person oder Einrichtung, und welche Teile interessierten Staaten auf Antrag bekanntgegeben werden können;

18. *weist* den Ausschuss *an*, nach der Aufnahme eines Namens in die Liste in Abstimmung mit den die Aufnahme vorschlagenden Staaten und mit Hilfe der in Ziffer 8 genannten Sachverständigengruppe auf der Website des Ausschusses eine Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste zu veröffentlichen, und weist den Ausschuss ferner an, mit Hilfe der Sachverständigengruppe und in Abstimmung mit den vorschlagenden Staaten die öffentlich verfügbaren Gründe für die Aufnahme der in Ziffer 5 genannten Personen und Einrichtungen in die Liste und die Angaben zu ihrer Identifizierung zu aktualisieren;

19. *beschließt*, dass das Sekretariat nach der Veröffentlichung, jedenfalls aber innerhalb einer Woche nach der Aufnahme eines Namens in die Liste der Personen und Einrichtungen, die Ständige Vertretung des Landes oder der Länder, in dem/denen die Person oder Einrichtung sich mutmaßlich befindet, sowie im Falle von Personen des Landes, dessen Staatsangehöriger die Person ist (soweit dies bekannt ist), benachrichtigt und der Benachrichtigung eine Kopie des veröffentlichungsfähigen Teils der Falldarstellung, alle auf der Website des Ausschusses verfügbaren Informationen über die Gründe für die Aufnahme in die Liste, eine Beschreibung der Auswirkungen der Aufnahme in die Liste gemäß den einschlägigen Resolutionen, die Verfahren des Ausschusses zur Prüfung von Anträgen auf Streichung von der Liste sowie die Bestimmungen betreffend mögliche Ausnahmen beifügt;

20. *verlangt*, dass die Mitgliedstaaten, die eine Benachrichtigung nach Ziffer 19 erhalten, im Einklang mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten alle durchführbaren Maßnahmen ergreifen, um die in die Liste aufgenommene Person oder Einrichtung rasch von ihrer Aufnahme in die Liste zu benachrichtigen oder darüber zu informieren, unter Beifügung der in Ziffer 19 genannten, vom Sekretariat bereitgestellten Informationen;

21. *begrüßt* die gemäß Resolution 1730 (2006) vom 19. Dezember 2006 vorgenommene Einrichtung der Anlaufstelle innerhalb des Sekretariats, die auf der Liste stehenden Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen die Möglichkeit bietet, einen Antrag auf Streichung von der Liste unmittelbar bei dieser Anlaufstelle einzureichen;

22. *fordert* die Staaten, die die Aufnahme in die Liste vorgeschlagen haben, sowie die Staaten der Staatsangehörigkeit beziehungsweise Staatszugehörigkeit und die Ansässigkeitsstaaten *nachdrücklich auf*, die ihnen über die Anlaufstelle zugeleiteten Streichungsanträge im Einklang mit den in der Anlage zu Resolution 1730 (2006) vorgesehenen Verfahren zügig zu prüfen und anzugeben, ob sie den Antrag unterstützen oder ablehnen, um dem Ausschuss die Prüfung zu erleichtern;

